



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/72 - 26.3.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur westlichen Antwortnote	S. 1
Trumans Tagebuch	S. 3
Deutsche zwischen Ottawa und Sidney	S. 5
Saar-Bergarbeiter kämpfen um ihr Recht	S. 7

Vorrang der Integration ?

A.E. Der Antwort, die die Westmächte an die Sowjet-Union sandten, lag zunächst ein Entwurf zugrunde, der, soviel man weiß, in Inhalt kürzer und im Ton etwas konzilianter war. Der Teil der Note, in dem die Westmächte Forderungen über den zukünftigen Status Deutschland stellen, ist ohne Zweifel der Niederschlag von Unterredungen, die der deutsche Bundeskanzler auf der Pariser Tagung des Europa-Rates mit den britischen und französischen Außenministern Eden und Schuman geführt hatte. Nach einem Bericht des britischen "Observer" hatte Adenauer darauf bestanden, daß die gegenwärtigen Verhandlungen über die politische, wirtschaftliche und militärische Eingliederung der Bundesrepublik in die derzeitige Organisationsform des Westens fortgeführt und durch Gespräche mit der Sowjet-Union nicht gestört oder behindert werden. Eine zweite und in ihren Folgen kaum zu überschätzende Forderung Adenauers war, daß der Westen sich weigern sollte, der noch nicht gewählten deutschen Nationalversammlung eine Politik der "permanenten Neutralität" zuzugestehen. Jede künftige, aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangene Regierung eines wiedervereinigten Deutschland sollte, so will es der deutsche Bundeskanzler, von vornherein mit gebundener Marschroute antreten; eine Zumutung, die dem Streben nach deutscher Einheit und seiner Verwirklichung in diesem internationalen Stadium nicht gerade, um es gelinde zu sagen, förderlich ist.

Die Westmächte machten zwar das Verlangen des deutschen Bundestages nach allgemeinen und freien Wahlen zur Voraussetzung von Verhandlungen mit der Sowjet-Union. Aber es ist manchen von ihnen nicht ganz wohl dabei.

"Wenn wir diesen Gedanken zur Hauptstütze unserer Deutschlandpolitik machen", schrieb der amerikanische Kommentator Walter Lippman in der 'New York Times', "besteht die Gefahr, daß wir in eine unmögliche Lage kämen, wenn unser Vorschlag

26. März 1952

angenommen und unser Gedanke ausgeführt würde. Der nahezu sichere Ausgang gesamtdeutscher Wahlen wäre die Niederlage der Partei Adenauers, der Sturz des Bonner Regimes und ... die Macht-ergreifung durch eine sehr stark anti-kommunistische, aber auch sehr stark anti-amerikanische Koalition von Sozialisten und Nationalisten".

Dieses Unbehagen gegenüber einem einheitlichen und möglicherweise sozialdemokratisch regierten Gesamtdeutschland spiegelt sich in der Antwortnote.

In großen Zügen läuft die Deutschlandpolitik der Westmächte bei aller Berücksichtigung der unterschiedlichen Auffassungen, die etwa zwischen Frankreich und den USA bestehen, darauf hinaus, die im Gange befindlichen Verhandlungen über die "Integration" der Bundesrepublik nicht stören zu lassen. Der Generalvertrag und die Zusatzanträge, die, wie man hört, recht bald unter Dach und Fach gebracht werden sollen, haben doch nur den einen Sinn, im Austausch gegen leichtere Konzessionen Besatzungsrechte vertraglich zu verankern und die Bundesrepublik auch militärisch in die Verteidigungsfront des Westens einzugliedern. Der deutsche Bundeskanzler hat es mit der Integration noch eiliger; in Kürze wird an den Bundestag ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung gehen, der anstelle der Besatzungsmächte dem Bund das Recht zu Landenteignung für die nun als europäische Verteidigungssoldaten benannten Besatzungstruppen gibt. Ist hier nicht der Drang vorherrschend, möglichst schnell unreparierbare Tatsachen zu schaffen?

Noch ist nicht klar zu erkennen, ob für die Westmächte die von ihnen in ihrer Antwortnote verlangte "Einbeziehung Deutschlands in eine rein defensive europäische Verteidigungsgemeinschaft" Voraussetzung für den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjet-Union über Deutschland ist. Eine solche Politik würde die Gefahr in sich schließen, die in erster Linie notwendige Klärung der wirklichen Absichten der Sowjet-Union zu erschweren und würde außerdem einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung die Freiheit der Entscheidung über die zukünftige Position eines geeinigten demokratischen Deutschlands in der Gemeinschaft der Völker unmöglich machen. Zu verlangen, daß die Bundesrepublik von vorn herein in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Westmächten kommt, ist der Ausdruck eines Mißtrauens, das nicht nur jede echte und dauerhafte Partnerschaft zwischen Deutschland und den Völkern der freien Welt belasten muß, sondern auch den Weg zu einem Vierergespräch zu versperren droht.

Worauf es in dieser Stunde, in der von Osten und Westen ein wahrer Wettlauf um Deutschland eingesetzt hat, ankommt, ist doch dies: Keine, aber auch nicht die geringste Möglichkeit zu versäumen oder zu verschütten, die eine Aussicht auf eine Wiedervereinigung der beiden Hälften Deutschlands öffnet. Der Vorrang der Integration der Bundesrepublik mit dem Westen vor der Wiedererringung der deutschen Einheit, auf den sich die Bundesregierung offensichtlich festgelegt hat, bildet ein kaum zu übersteigendes Hindernis. Aber noch ist darüber das letzte Wort nicht gefallen.

+ + +

Präsident Truman sagt was er denkt

H.St.-Washington, Ende März

Ein Buch, das den schlichten Titel "Mister Präsident" trägt und William Hillman, einen bekannten amerikanischen Rundfunkkommentator und alten persönlichen Freund Harry Trumans, zum Verfasser hat, ist dieser Tage in Amerika herausgekommen, eine Art antizipiertes Tagebuch oder Memoirenwerk Präsident Trumans. Es besteht aus hastig hingekritzeltten Tagebuchnotizen, Kalendereintragungen, Briefen, Interview-Protokollen, vermischt mit einigen amtlichen Schreiben des Präsidenten und Auszügen aus Reden.

Das wichtigste und interessanteste an dem Buch ist, daß Truman darin aus seinem Herzen keine Kördergrube macht, sondern unverblümt ausspricht, was er denkt. Dadurch wird das Buch zu einer überaus klaren Charakterskizze des kleinen Mannes im Weißen Haus und einer scharfkantigen Formulierung seiner Politik; manchen Leser wird es überraschen, daß Truman z.B. schon 1946 eine rapide Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion voraussah und sozusagen seit 1948 auf Korea, auf eine erste reguläre Aggression des Sowjetblocks auf einen seiner Nachbarn, gewartet hatte.

Aber noch viel präziser und schneidender drückt sich der Präsident aus, sobald es sich um innenpolitische Fragen und Persönlichkeiten handelt - und auf diesem Gebiet hat sein Buch einen Sturz-
bach von Skandalen und Aufregungen in Amerika hervorgerufen, der nicht ohne Folgen bleiben kann. Die "alten Herren" des Senats, ultra-konservative Demokraten zumeist aus dem Süden, nennt er "Fossilien, im Vergleich zu denen König Ludwig XVI. von Frankreich ein strahlender Fortschrittmann war". James Byrnes, der heute Meisterstrategie der Anti-Truman-Fraktion unter den Südstaaten-Demokraten ist, wird vorgeworfen, als Staatssekretär "eine feige Politik der Beschwichtigung" gegenüber Moskau betrieben zu haben. Und von John Lewis, dem Vorsitzenden der Bergarbeiter-Gewerkschaft, sagt Truman, er führe vor, wie man eine Gewerkschaft nicht führen soll. Vorschläge zur Reform der amerikanischen Gesetzgebungsmaschine, der Technik der Bundesverwaltung und zum Ausbau des staatlichen

Sozialversicherungssystem, Trumans altes Steckenpferd, komplettieren das Buch, das im ganzen mehr Ähnlichkeit mit einer kämpferischen Flugschrift denn mit einem besinnlichen Memoirenwerk hat.

Und da liegt vermutlich des Pudels Kern: Warum Truman dieses Buch schreiben ließ und warum er es jetzt veröffentlichen ließ. Es ist kaum anzunehmen, daß in den Truman-feindlichen und Truman-kühlen Kreisen der Partei nunmehr die Stimmung, den Präsidenten zu einer erneuten Kandidatur zu bewegen, gewachsen ist; mehr denn je dürfte dieser Parteiflügel, ohne den die Partei nun einmal nicht siegen kann, entschlossen sein, Truman den Gnadenstoß zu versetzen. Also hat sich Truman mit diesem temperamentvollen Buch nur selber geschädigt? Gewiß, so kann man es ausdrücken - aber gleichzeitig hat er den fortschrittlich denkenden Flügel der Partei, aus dem sich ja stets sein engerer Anhang rekrutiert hat, eine scharf geschliffene Waffe in die Hand gedrückt - und die verschiedenen Elemente dieses Parteiflügels, Gewerkschafter, jüngere Intellektuelle, Sozialreformer, New-Deal- und Fair-Deal-Anhänger, die in letzter Zeit oft etwas verwirrt und entmutigt waren, sind dadurch ermutigt und mit neuem Kampfgeist geimpft worden.

Außerdem bedeutet Trumans Attacke gegen die erzreaktionären Südstaatenleute, die in dieser seltsamen Partei den anderen Flügel stellen, auch klipp und klar, daß der Präsident nicht beabsichtigt, vor diesen Kräften zu kapitulieren und ihnen die Führung der Gesamtpartei zufallen zu lassen. Er durchkreuzt damit die Rechnung mancher ehrgeiziger Lokalpolitiker, und er hält den Anspruch aufrecht, daß die Demokratische Partei, wie stets seit Roosevelt, die Partei des "kleinen Mannes", der Reformen und des Fortschritts bleiben soll. An jüngeren Bannerträgern dieses Fortschrittsgedankens, die Trumans Erbe antreten könnten, fehlt es nicht; die Aufgabe war nur, diese Leute in den Vordergrund zu stellen und ihnen den Weg zu bahnen. Und genau das ist es, was Truman mit seiner ungewöhnlichen und traditionswidrigen, aber von herzerfrischendem Kampfgeist zeugenden Publikation nunmehr getan hat.

Deutsche zwischen Ottawa und Sidney130000 arbeiten im Ausland

d.g. Innerhalb des letzten Jahres hat sich die Zahl der Deutschen, die im Ausland als Arbeiter ihr Brot zu verdienen suchen, mit rund 130000 fast verdoppelt. Bedauerlich ist, daß es gerade von zwei Besatzungsmächten, die als Verhandlungspartner für den Generalvertrag auftreten, bisher nicht möglich war, stichhaltiges Zahlenmaterial darüber zu erhalten, wieviel Deutsche aus dem seinerzeitigen Status der Kriegsgefangenen in zivile Beschäftigungsverhältnisse in England und Frankreich überführt worden sind. Heute noch sind verantwortliche zentrale Bundesbehörden gezwungen, ihre Erhebungen vielfach auf Vermutungen aufzubauen.

Der Stamm der in Frankreich arbeitenden Deutschen (insgesamt etwa 60000) ging aus ehemaligen Kriegsgefangenen hervor, wie überhaupt in diesem Lande die männlichen deutschen Arbeiter überwiegen. Die aus der Bundesrepublik bezogenen Neuzugänge auf Grund von Anwerbungen waren ursprünglich beträchtlich, weisen aber jetzt eine stark sinkende Tendenz auf. Im Jahre der deutschen Währungsreform suchten noch 14.500 angeworbene Deutsche ihren Verdienst in Frankreich, im folgenden Jahre waren es nur noch 12.500 und 1950 hatte auch eine sehr nüchterne Einschätzung der Arbeitsverhältnisse im westlichen Nachbarlande mit dazu beigetragen, daß nur noch 2.032 deutsche Arbeitskräfte die Reise nach Frankreich antraten. Im vergangenen Jahre waren es dann gar nur noch 1.307 Arbeiter. Die "Importschleuse" für deutsche Arbeiter nach Frankreich ist das französische Werbebüro in Germersheim, in dem bisher Deutsche lediglich als Beauftragte mitwirkten, das aber zum 1. April 1952 auch etats- und verwaltungsmäßig in deutsche Hände übergeht.

Englische Privatagenturen locken mit Tarnanzeigen

Weitaus ungünstiger ist das Verhältnis zu England, das sich heute der Hilfe von etwa 30000 deutschen Arbeitskräften bedient. Während die Männer meist auch dem Stamm der ehemaligen POWs entnommen sind, wurden die weiblichen Kräfte in verschiedenen Aktionen in Deutschland angeworben. Gegenwärtig weisen die offiziellen, durch die Arbeitsämter getätigten Vermittlungen monatlich nur etwa

50 Hausgehilfinnen und 15 Krankenschwestern aus. Aber sachkundige Kreise geben zu, daß nur ein Bruchteil des tatsächlichen deutschen Arbeitskraftexportes nach England "durch die Bücher" läuft, 90 Prozent der Mädchen gingen "schwarz" nach der Insel, ohne daß es bisher gelungen wäre, diese Schleichpfade zum deutschen Arbeitsmarkt zu schließen. England gehört nämlich nicht zu den Unterzeichnern der Konvention des Internationalen Arbeitsamtes über die Ausschaltung der privaten Arbeitsvermittlung. Diesen Zustand haben sich britische Agenturen zunutze gemacht, um in der Bundesrepublik unter allerhand Tarnungen zu arbeiten. Ihre Methoden sind zum Teil raffiniert. Sie geben in deutschen Zeitungen z.B. Heiratsanzeigen auf, um die sich meldenden Frauen und Mädchen nach England zu locken. Sie suchen ferner Verbindungen zu deutschen "Agenturen", suchen selbst "Vertreter", die sie dann über den "Mädchenfang" belehren usw. Damit ist aber die Sorge für die deutschen Behörden noch nicht zu Ende, denn England hat sich bisher geweigert, Unterlagen über die "schwarz" nach England gekommenen Arbeitskräfte herauszugeben, so daß die Sozialattachés und die in England tätigen kirchlichen Hilfsstellen in ihrer Betreuungsarbeit sehr behindert sind.

Auswanderung nach Kanada blüht

Nach Kanada sind im letzten Jahre nur etwa 1.500 Arbeitskräfte für den Bergbau und die Forstwirtschaft offiziell abgegangen. Aber auch hier gibt es Gründe für die Annahme, daß mindestens das Zehnfache an Personen im letzten Jahr ("schwarz" im Sinne der Arbeitsmarktstatistik) nach Kanada gegangen ist, nachdem die kanadische Einwanderungskommission (Sitz Karlsruhe) ihnen den Weg geebnet hatte. Der verhältnismäßig starke Andrang zur Auswanderung nach Kanada war nicht zuletzt auf falsche Vorstellungen über die dortigen Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Nachdem die ersten deutschen Einwanderer nach dem Eintreten der kanadischen Saisonarbeitslosigkeit sehr nüchtern in die Heimat berichtet hatten, scheinen sich auch hier die Vorstellungen über die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in Kanada gewandelt zu haben.

Von Berlin nach Australien

Aufgrund der Milgore Bill nehmen die USA 54000 deutsche Heimatvertriebene (Gesamtfamilien) unter günstigen Bedingungen auf, von denen zur Zeit bereits rund 40000 ausgewandert sind. Für das Rechnungsjahr 1952/53 kann die Bundesrepublik voraussichtlich mit einer Sonderquote für deutsche Heimatvertriebene von etwa 20000 Personen rechnen. In Australien sind rund 6.800 deutsche Arbeiter (die Mehrzahl davon wurde in Berlin angeworben) beim Bau staatlicher Projekte beschäftigt. Zur Zeit werden neue Arbeitskräfte für Australien in Bayern angeworben. Schweden beschäftigt etwa 5000 Deutsche. In Nordafrika, mit Schwerpunkt in Bengasi (Cyrenaika) befinden sich noch etwa 1000 ehemalige deutsche POWs, die in ein ziviles Arbeitsverhältnis bei den britischen Truppen überführt worden waren. Viele sind nach Deutschland zurückgekehrt, wenn ihr Vertrag abgelaufen war. Das Auffüllen dieser Arbeitskolonnen, das die Engländer anfangs aus GSO-Leuten versuchten, ist nicht einfach und wird gegenwärtig über die deutschen Arbeitsämter versucht. Südafrika hat von den angeforderten 600 Bergbauschülern bisher infolge sehr hoher Auswahlanforderungen nur einen Bruchteil erhalten.

Protestaktion der Saar-Bergarbeitergewerkschaften

x - Saarbrücken

Saar-Ministerpräsident Hoffmann hat in seiner Eigenschaft als Arbeitsminister gegen einen Schiedsspruch des Landesschlichters, der den Bergarbeitern eine fünfprozentige Lohnerhöhung zusprach, Einspruch erhoben und die Frage der Gültigkeit des saarländischen Tarifvertragsgesetzes im Saarbergbau der aufgrund der Wirtschaftskonvention mit Frankreich gebildeten gemischten französisch-saarländischen Kommission vorgelegt. Er hat damit eine Verpflichtung gegenüber Frankreich erfüllt, die er und die Minister Singer und Kirn in einem Protokoll eingegangen waren, dessen Inhalt verfassungsgesetzeswidrig ist und den Bergarbeitern das Recht auf freie Tarifvertragsvereinbarungen nimmt.

Der Gewerkschaftsausschuß der Einheitsgewerkschaft hat daraufhin in einer durch den I.V. Bergbau beantragten Sondersitzung Protest gegen diesen Schritt Hoffmanns erhoben und festgestellt, daß der Saarbergbau unter die Bestimmungen des Tarifvertragsgesetzes falle. Er erkannte die in dem Zusatzprotokoll getroffenen Vereinbarungen nicht an und empfahl dem I.V. Bergbau dringend, in Anbetracht der Mißachtung demokratischer Prinzipien an der Saar Beschwerde einzulegen bei dem Ministerrat des Europarates, bei der UNO und bei dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften, um in den an der Saar herrschenden Zuständen eine Änderung herbeizuführen. Der Gewerkschaftsausschuß erklärte sich ferner bereit, den Industrieverband Bergbau in seinen Kampfmaßnahmen mit allen Mitteln zu unterstützen und versicherte seine uneingeschränkte Solidarität.

Daraufhin haben die Industrieverbände Bergbau, Eisenbahn, Öffentliche Betriebe und Verwaltung, Verkehr und Transport, sowie die Postgewerkschaft an den Ministerrat des Europarates, an den französischen Außenminister Schuman und an Bundeskanzler Dr. Adenauer ein Telegramm gerichtet, in dem sie auf die Mißachtung der demokratischen Prinzipien an der Saar hinweisen. Sie erklären, daß durch die Vorenthaltung des Tarifvertragsrechts für die durch sie vertretenen Berufsgruppen einem Großteil der Arbeitnehmerschaft an der Saar demokratische Grundrechte versagt sind und bitten bei der Behandlung der Saarfrage die derzeitigen Zustände an der Saar eingehend zu untersuchen und für eine Änderung Sorge zu tragen.

Die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute hat ebenfalls gegen den Einspruch Saar-Hoffmanns protestiert.

Diese Aktion der Gewerkschaften beweist eindeutig, daß neben der Vorenthaltung der politischen Meinungsfreiheit an der Saar durch den derzeitigen Zustand auch wirtschaftliche Grundrechte der Arbeitnehmerschaft ernstlich bedroht sind. Das Protektoratsverhältnis zu Frankreich hat - mehr noch als auf politischem - auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erhebliche Nachteile für die Saarbevölkerung im Gefolge. Der Versuch, den Saarbergbau von dem Recht der freien Tarifvertragsvereinbarung auszuschließen, beweist, daß Frankreich bereit ist, seine aus dem Saargeschäft resultierenden wirtschaftlichen Vorteile auch durch Gesetzesbrechungen wahrzunehmen. Es bedarf angesichts der zynischen Offenheit, in der maßgebliche französische Politiker die egoistischen wirtschaftlichen Motive Frankreichs für seine Saarpolitik bekundeten, keiner besonderen Beweisführung mehr dafür, daß diese Politik mit europäischer Gesinnung nichts zu tun hat.

Verantwortlich: Peter Raunau